

Hauptstadt oder Provinz ?

In Berlin Mitte gibt Trouble. Belebte Cityregionen werden vom Stadtplanungsamt als Allgemeine Wohngebiete deklariert und sind damit für Clubs tabu. Damit wird einer der wichtigsten Standortfaktoren der Hauptstadt gefährdet. Wir fragten die Kandidaten der Parteien, wie sie zur Clubkultur in Mitte stehen. Hier die Reaktionen in der Reihenfolge der Beantwortung:

FDP Berlin-Mitte

Zur Frage 1.

Die Clubkultur nahm und nimmt in der politischen Arbeit der FDP-Mitte einen sehr hohen Stellenwert ein. Und zwar aus mehreren Gründen. Die Liberalen betrachten Berlins Mitte als einen lebendigen und attraktiven Stadtteil. Wir wollen, dass nicht nur die Anwohner, sondern alle Berliner und Touristen aus Deutschland und dem Ausland nach Mitte kommen und sich hier wohl fühlen. Das macht unsere Stadt bekannt, schafft Arbeitsplätze und bringt Einnahmen. Eine unabdingbare Voraussetzung für die Attraktivität eines Stadtteils bildet die Kultur. Für die FDP gehört eine lebendige Clubszene zum kulturellen Angebot und muss deshalb unbedingt unterstützt werden. Dafür hat sich die FDP in der BVV von Berlin-Mitte in letzten fünf Jahren intensiv eingesetzt und wird es auch in Zukunft tun.

Zur Frage 2.

Wir betrachten die derzeitige Stadtentwicklungspolitik des Bezirksamtes vor allem in Alt-Mitte als verfehlt. Diese Politik, vertreten von der Stadträtin Dorothee Dubrau (Bündnis 90/Die Grünen) ignoriert die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung unseres Bezirkes und erfolgt stadtentwicklungspolitische Ziele, die neue Initiativen und die Vielfalt des kulturellen und gastronomischen Angebots unnötig behindern. Aus der Sicht der FDP besteht kein Anlass für die Ausweisung von neuen Allgemeinen Wohngebieten in Mitte. Allgemeine Wohngebiete schließen Clubs und Gastronomie mit überregionaler Bedeutung aus. Clubs, gastronomische Einrichtungen, Bars und zahlreiche Geschäfte entstanden aber genau in den Gebieten, die nach den Plänen des Bezirksamtes, allen voran der Abteilung für Stadtentwicklung, und der Fraktion der Grünen in der BVV am liebsten in Allgemeine Wohngebiete umgewandelt werden sollen. Diese Umwandlung bedeutete praktisch, dass etliche Einrichtungen sofort geschlossen werden müssten. Das lehnen die Liberalen ab! Wir werden uns deshalb allen Versuchen, solche Gebiete in Alt-Mitte zusätzlich auszuweisen, widersetzen. Mitte ist attraktiv nicht trotz seiner Clubs, sondern wegen seiner Clubs! Das haben einige politisch Verantwortliche im Bezirk offensichtlich nicht begriffen.

Zur Frage 3.

Eine vielfältige Clublandschaft und Gastronomie kann sich nur entwickeln, wenn überflüssige und unnötige Auflagen abgeschafft werden. Aus der Sicht der FDP gehören zahlreiche Auflagen, die die Schank- und Gastronomiewirtschaft in Deutschland regeln, deshalb buchstäblich in die Mülltonne. Die spitzfindigen Unterscheidungen zwischen einzelnen Betriebsarten wie Schankwirtschaft, Vergnügungsstätte u.a. erweisen sich als ungenau und überflüssig und sind nach unserer Meinung Ausdruck eines bürokratischen Regulierungswahns. Mehr noch: In den letzten fünf Jahren mussten wir leider oft feststellen, dass diese bürokratische Haarspalterei nur einem einzigen Zweck diene: einigen „unbeliebten“ Clubs und Einrichtungen den Garaus zu machen. Die FDP setzt sich hingegen für Freiheit, Pragmatismus und Vernunft ein. Für die Liberalen sind Fragen, ab welchem Plattenspieler, der wievielten CD und dem wievielten getrunkenen Schnaps sich ein Club in eine Vergnügungsstätte verwandelt, völlig absurd. Die Betreiber müssen selbst entscheiden, was sie in ihren Einrichtungen machen und nicht die Verwaltung. Die FDP fordert seit Jahren deshalb eine generelle Überprüfung aller Verwaltungsaufgaben in Mitte. Man muss dazu klar unterscheiden zwischen sinnvollen Vorschriften wie Bauvorschriften, die die Fluchtwege im Notfall regeln oder Auflagen des Gesundheitsamtes in Hinblick auf Hygiene und jenen, deren restriktive

Anwendung das Betreiben einer Einrichtung behindern oder sogar unmöglich machen. Dazu zählt z.B. die Lärmschutzverordnung, deren Anwendung aus unserer Sicht viel flexibler gestaltet werden könnte - und das ohne Nachteile für die Wohnbevölkerung. In der Praxis bedeutete dies, dass von den Clubbetreibern keine bauliche Maßnahmen und keine teuren Lärmgutachten verlangt werden dürfen, so lange es keine Beschwerden wegen des Lärms gibt.

Zur Frage 4.

Für die Konzessionierung von Clubs in Berlin-Mitte ist die Tatsache, ob ein Club oder eine gastronomische Einrichtung sich in einem sog. Allgemeinen Wohngebiet oder Mischgebiet befindet von entscheidender Bedeutung. In Allgemeinen Wohngebieten sind nur Einrichtungen (Gastronomie, Geschäfte) zulässig, die der Deckung des lokalen Bedarfs der Bevölkerung dienen. Clubs werden damit praktisch ausgeschlossen. Aus diesem Grund lehnt die FDP die Bestrebungen des Bezirksamtes, große Teile von Mitte-Alt in Allgemeine Wohngebiete umzuwandeln, ab. Ferner muss eine verbindliche Rechtsicherheit für die Clubbetreiber gewährleistet werden. Die Liberalen fordern die Einführung von Checklisten, die klar regeln, welche Auflagen erfüllt und welche Unterlagen eingereicht werden müssen, um eine Betriebsgenehmigung zu bekommen. Diese Anforderungen dürften nicht um neue Auflagen seitens des Bezirksamtes ständig erweitert werden, was zur Zeit oft der Fall ist (die Betreiber müssen immer neue Unterlagen oder Gutachten einreichen). Das Bezirksamt soll zudem verpflichtet werden, innerhalb einer bestimmten Zeit eine Entscheidung bezüglich der Betriebsgenehmigung zu treffen. Grundsätzlich will die FDP darüber hinaus, dass Antragsverfahren durch Anmeldeverfahren ersetzt werden. Die Liberalen begrüßen die Errichtung von One-Stop-Agencies. Es darf allerdings nicht vergessen werden, dass ohne einen radikalen Abbau von bürokratischen Bestimmungen auch die Möglichkeiten der One-Stop-Agencies eher bescheiden bleiben.

Zur Frage 5.

Auf einige Maßnahmen wie klarere Verfahrensregelungen und Checklisten haben wir bereits hingewiesen. Inwieweit die einzelnen Sachbearbeiter ihren - teilweise erheblichen- Spielraum nutzen können, entscheiden die Stadträte. Derzeit werden im Bereich Stadtentwicklung unter der Regie von Frau Dubrau Vorschriften sehr eng ausgelegt. Eine personelle Neubesetzung des Postens des Stadtrates für Stadtentwicklung sollte Personen in die Verantwortung bringen, die bereit sind, Ermessensspielräume zugunsten der Clubs auszuschöpfen. Gleichzeitig werden wir in der BVV weiterhin darauf hinwirken, dass Einzelfälle von schikanösen Auflagen regelmäßig zur Sprache gebracht werden. Durch Beschlüsse der BVV und öffentlichen Druck über die Medien haben wir schon in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass übertriebene Auflagen zurückgezogen wurden. Dies werden wir weiterhin tun. Auch deshalb möchten wir Sie gerne noch auf eine Maßnahme hinweisen, auf die Sie in Zukunft öfter zugreifen sollten: den direkten Kontakt zu den Bezirksverordneten. Die BVV hat die Aufgabe, das Bezirksamt zu kontrollieren und Fehlentscheidungen zu korrigieren. Die Fraktion der FDP in der BVV von Berlin-Mitte hat für Ihre Anregungen, Sorgen und Vorschläge immer ein offenes Ohr und wird sich in Zukunft mit dem gleichen Engagement wie in den letzten fünf Jahren für die Belange der Clubszene aktiv einsetzen.

Mit besten Grüßen

Henner Schmidt Peter Pawlowski

- Fraktionsvorsitzender - Spitzenkandidat der FDP
der FDP in der BVV Mitte - für die BVV Mitte -